

Initiativantrag der AKL für den Landesparteitag

Die Linke retten mit einem radikalen Kurswechsel zu einer klassenkämpferischen und offensiv sozialistischen Partei

Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen sind eine schwere Niederlage für die Partei DIE LINKE und Ausdruck der fortgesetzten Krise. Ein „Weiter So“ darf es nicht geben. Gerade angesichts der multiplen Krise des Kapitalismus, der Klimakatastrophe, von Kriegen und Militarisierung, Sozialabbau, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung, Abbau demokratischer Rechte, Rassismus, Rechtsextremismus, Sexismus, Homo- und Transphobie ist eine starke kämpferische linke Partei dringend notwendig, um den verschärften Klassenkampf von oben mit Klassenkampf von unten zu beantworten.

Es steht zu befürchten, dass DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg weitere herbe Niederlagen kassieren wird. Ebenso droht bei der Bundestagswahl 2025 – bzw. im Falle vorgezogene Neuwahlen schon früher – der Verlust der Bundestagsgruppe. Dies wird zu Demoralisierung in den eigenen Reihen und unter linken Aktivist*innen und Wähler*innen der LINKEN führen, die materiellen Ressourcen der Partei verringern und weitere Hindernisse für die bürgerlichen Parteien und die AfD aus dem Weg räumen.

Dies kann nur verhindert werden, wenn aus den Wahlniederlagen sofort Konsequenzen gezogen werden. Diese Konsequenzen müssen sein

1. Offensives Vertreten einer Antikriegsposition in Bezug auf den Ukraine- und Nahostkrieg: Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel. Schluss mit der staatlichen Repression gegenüber pro-palästinensischen Demonstrationen und Veranstaltungen und dem Vorwurf des Antisemitismus bei Kritik der ultrarechten Netanjahu-Regierung und dem von ihr betriebenen Völkermord an den Palästinenser*innen. Die LINKE fordert einen sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus Gaza und einen Stop der Besetzung des Westjordanlandes und ein Ende des Baus und Ausbaus von Siedlungen. Wir sprechen uns für die nationalen und demokratischen Rechte aller Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten aus und unterstützen den Kampf der Palästinenser*innen für ihre Rechte und ihre Befreiung und die linke Opposition in Israel gegen die Netanjahu-Regierung.
2. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass die Demonstrationen der letzten Monate gegen AfD und Rechtsextremismus und auch die Skandale der AfD nicht dazu geführt haben, dass die AfD bei den Wahlen gegenüber 2019 Stimmen verliert. Es war auch falsch anzunehmen, dass das BSW hauptsächlich der AfD Stimmen wegnimmt. Viel mehr Stimmen kamen von der LINKEN und der SPD. Wir vertreten die Position, dass man Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stoppen muss, indem man die Ursache ihres Erstarkens bekämpft. Das ist das auf Ausbeutung und Diskriminierung basierende kapitalistische System und die prokapitalistische Politik der regierenden Ampel-Parteien und der CDU/CSU. Dem muss der gemeinsame Kampf von deutschen und nicht-deutschen Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten gegen die Konzerne für ihre gemeinsamen Interessen für gute Löhne, einen Mindestlohn von 15 Euro, günstigen Wohnraum, Erhalt aller Krankenhäuser, Investitionen in soziale Infrastruktur etc. entgegengesetzt werden.
3. Immer wieder hat DIE LINKE nach Regierungsbeteiligungen massiv Stimmen verloren. Das wurde oft damit entschuldigt, dass DIE LINKE als Juniorpartnerin der Regierung nicht ihren Stempel aufdrücken konnte. In Thüringen stellt DIE LINKE den Ministerpräsidenten und das Ergebnis ist keineswegs besser. Es bestätigt sich, dass eine Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien die AfD stärkt. Die Wahlergebnisse bei den Kommunal- und Europawahlen und die Umfragen für die Landtagswahlen zeigen das deutlich. Bei den Europawahlen hat die AfD in Thüringen 30,7% der Stimmen eingefahren. DIE LINKE ist um 8,1% auf 5,7% abgesackt. Bei den Kommunalwahlen in Thüringen hat die Linke 4,2% verloren und ist bei 9,1% gelandet (das BSW hatte hier nur in einzelnen Orten kandidiert). Die Konsequenz daraus muss sein, die Landesregierungen in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen sofort zu verlassen und die prokapitalistische Politik der anderen Parteien hart anzugreifen und mit einem sozialistischen Programm zu bekämpfen. Es gibt für linke Politik keine Durchsetzungsstrategie über Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien.
4. DIE LINKE erklärt offensiv, dass Kriege, Klimakatastrophe, Ausbeutung, Militarisierung, Rassismus, Diskriminierung, Sozialkürzungen, Inflation und Arbeitsplatzvernichtung ihre Ursache im Kapitalismus haben. Das bedeutet, dass der Kampf für Verbesserungen mit dem weitergehenden Ziel verbunden werden muss, die Macht der Banken und marktbeherrschenden Konzerne durch deren Überführung in

Gemeineigentum (unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung) zu brechen und das kapitalistische Profitsystem durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Linken, Klassen- und sozialistisches Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse und Jugend zu verankern.

5. In einer linken Partei müssen Meinungsverschiedenheiten und Streit ihren Platz haben. Formelkompromisse mit Interpretationsspielräumen müssen aufhören, weil sie keine klare Positionierung ermöglichen, Parteifunktionär*innen unterschiedliche Positionen nach außen vertreten und dann niemand mehr weiß wofür die Linke steht. Bei unterschiedlichen Positionen muss es nach einer ausführlichen demokratischen Debatte eine Mehrheitsentscheidung geben, die die Parteiführung dann nach außen tragen muss. Selbstverständlich muss es möglich sein, dass durch weitere Diskussion und spätere erneute Abstimmung Positionen geändert werden können. Weil der Beschluss gegen Waffenlieferungen an die Ukraine nach dem Erfurter Parteitag von der Parteiführung weder im Bundestag noch sonst in der Öffentlichkeit offensiv vertreten wurde und sich führende Linke-Politiker*innen sogar für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben, konnten BSW und AfD von der Linken auch wegen der Kriegsfrage Stimmen gewinnen.
6. DIE LINKE darf kein Platz für abgehobene Berufspolitiker*innen sein. Sie muss dem Beispiel der KPÖ folgen und die Gehälter von Hauptamtlichen und die Diäten von Abgeordneten auf einen Facharbeiter*innengehalt begrenzen bzw. die Abgeordneten verpflichten alles, was über dieses Gehalt hinaus geht, an die Partei und/oder an sozialen Bewegungen und für soziale Hilfen abzuführen.